

# Der 25. Januar

und die

# Gewerkschaften

Mitten hinein in die Protestbewegung gegen das Anti-gewerkschaftsgesetz erscholl die Nachricht von der Auflösung des Reichstages. Der Gewerkschaftskongress, welchen die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum Januar nach Berlin einberufen hatte, um gegen die erneuten Anschläge gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu protestieren, wurde vertagt. Wird er doch noch stattfinden müssen, wird die Regierung auch dem neuen Reichstage den volksfeindlichen Gesetzentwurf wieder vorlegen? Das sind Fragen, die jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beschäftigen.

**Es sind aber zu gleicher Zeit auch Fragen, welche jeden Gewerkschaftler auf die Reichstagswahl hinweisen.**

Es scheint bald, als ob die Regierung den organisierten Arbeitern handgreiflich demonstrieren wollte,

**daß sie alle Ursache haben, sich mit Politik zu befassen.**

Wir haben allerdings in Deutschland längst begriffen, daß es ein Unding ist, die Lage der arbeitenden Klasse auf nur gewerkschaftlichem Boden zu verbessern. Zur gewerkschaftlichen Betätigung bedarf die Arbeiterschaft

## politische Rechte.

Ein freies Vereins- und Versammlungsrecht in erster Linie. Die Sozialdemokratie verlangt die reichsgesetzliche Regelung dieser Fragen auf freier und breiter Grundlage. Heute spielt sich unser Vereins- und Versammlungsleben in engsten Fesseln unter

## kleinlicher polizeilicher Bevormundung

ab. In jedem Bundesstaat ist ein anderes Vereins- und Versammlungsrecht vorhanden. Das schlechteste und reaktionärste im größten Bundesstaat Preußen.

**Strafen, Polizeidiktanden und Abtreiben der Versammlungslokale durch behördlichen Druck,** das sind heute die in die Erscheinung tretenden Merkmale dieser Gesetze.

## Die Arbeiterschaft verlangt weiter ein freies uneingeschränktes Koalitionsrecht

für alle Arbeiter. Einschließlich der landwirtschaftlichen und Staatsarbeiter, denen man heute das Recht des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses einfach streitig macht. Staatliche Angestellte, die sich organisieren, werden kurzerhand **brutal entlassen**, während landwirtschaftliche Arbeiter gar noch mit Gefängnis bestraft werden, wenn sie es wagen sollten, durch gemeinsames Vorgehen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verlangen. Durch das neue Gewerkschaftsgesetz sollte dieses **Unrecht verewigt** und das Koalitionsverbot gar noch auf die Arbeiter der Elektrizitätswerke, Gasanstalten etc. ausgedehnt werden. In allen andern Kulturstaaten haben die landwirtschaftlichen Arbeiter das Koalitionsrecht. In Preußen-Deutschland haben aber die Agrarier das Heft in der Hand und wünschen kein Koalitionsrecht für die Sklaven der ostelbischen Rittergüter.

## Unterstützt werden sie in diesem volksfeindlichen Bestreben vom Zentrum,

welches ebenfalls agrarisch ist bis auf die Knochen, der einzige Arbeitervertreter des Zentrums im preussischen Landtage, Herr Brust, meinte: Die landwirtschaftlichen Arbeiter könnten das Streikrecht bekommen,

**nur während der Ernte sollen sie dieses Recht nicht haben.**

Eine größere Verhöhnung der Arbeiter durch einen „Zentrumsarbeitervertreter“ läßt sich gar nicht denken. Sollen die Landarbeiter nach Ansicht des Herrn Brust im Winter streiken dürfen? Diese Dinge beweisen uns,

**daß alle bürgerlichen Parteien in Bezug auf Volks- und Arbeiterrechte höchst unzuverlässig sind.**

Am letzten Ende sind sie alle volksfeindlich und bereit, alles niederzustimmen, was ihren kapitalistischen Interessen nicht entspricht. Lediglich die sozialdemokratische Partei, ihrem Wesen nach Arbeiterpartei, ist stets kraftvoll und energisch in den Parlamenten

## **für die Erweiterung der Volkrechte tätig gewesen.**

Daß auch das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, das wissen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nur zu gut. Die Behörden stellen sich stets auf die Seite der Unternehmer. Durch allerlei Polizeiverordnungen sucht man das Streikpostenfieber unmöglich zu machen.

## **Unzählige Straf-Verfügungen und Verurteilungen bezeichnen den Weg,**

den die deutsche organisierte Arbeiterschaft geht. Die harmlosesten Äußerungen Streikbrechern gegenüber werden durch drakonische Strafen geahndet, sodaß sogar der bürgerliche Sozialpolitiker Professor Lujo Brentano einmal den Ausspruch tat: **Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, wenn sie es aber gebrauchen, werden sie bestraft.** Alle diese Dinge beweisen, daß die deutschen Arbeiter sich politisch betätigen müssen, um durch Anschluß an die Sozialdemokratie einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Wenn es aber noch eines Beweises nach dieser Richtung hin bedurft hätte, dann ist es die

## **vollksfeindliche Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik,**

welche die herrschende Klasse in Deutschland durch ihre Regierung betreibt. Auch dem Blödesten müßten die Augen aufgehen, wenn er sieht, daß man ungezählte Millionen, nein Milliarden ausgibt für Heer, Flotte und Kolonien. **Personliche Tannen** genügen, um hunderte von Millionen zu verpulvern.

In Afrika führen wir Krieg gegen einige hundert neulande Hereros, welche sich nicht alles gefallen lassen wollten und sich empörten. Wir haben über 10 000 Soldaten dort unten in der Sandwüste, von denen jeder uns jährlich ca. 10 000 Mark kostet. Bereits eine halbe Milliarde 500 Millionen kostet uns dieses Abenteuer, welches auch die direkte Ursache zur Auflösung des Reichstages gab. Und alle diese ungeheuren Summen müssen zum größten Teil

**durch indirekte Steuern aufgebracht werden.**

Unsere Hurratrioten schwärmen für Heer, Flotte und Weltpolitik, wenn es sich aber darum handelt,

**die Gelder dafür aufzubringen,** dann lehnen dieselben Herrschaften dankend ab. Dann muß es der Massenkonsum tragen.

## **Das Volk muß bluten.**

Die Nahrungsmittel sind in Deutschland in einer Weise verteuert worden, wie in keinem Lande der Welt. Für den Reichshaushalt 1907 sind 1069 Millionen Einnahme an Zöllen und indirekten Steuern angelegt. Diese Summen reichen aber für unsere gewaltigen Bedürfnisse nicht aus. Neue Steuern werden folgen. Am 1. März 1906 ist der

Zollwuchertarif in Kraft getreten, welcher die Nahrungsmittel gewaltig in die Höhe getrieben hat. Unsere Grenzen sind für fremdes Vieh gesperrt, um den Agrariern hohe Viehpreise zu sichern.

## **Was nützt uns da unsere gewerkschaftliche Arbeit,**

wenn uns die Lohnerhöhungen, welche wir uns erkämpfen, von der Gesetzgebung durch Zölle und Steuern wieder abgenommen werden. Den Junkern fällt man die Taschen, dem Volke verteuert man Brot und Fleisch, das ist kurz gesagt, das a und o unserer heutigen Politik.

## **Gewerkschaftsmitglieder!**

Was ergibt sich daraus? Wir müssen unseren Einfluß auf politischem Gebiete verstärken. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen,

**daß kein Anhänger des jetzigen  
Systems, kein Anhänger der Zoll-  
und Wucherpolitik gewählt wird.**

Ein solcher ist aber der bisherige Vertreter Düsseldorf im Reichstage, Herr Kirsch, und mit ihm seine ganze Partei, die Zentrumsparthei.

## **Der Zentrumsparthei verdanken wir den Zolltarif**

und damit die hohen Lebensmittelpreise. Die Zentrumsparthei war bisher die ausschlaggebende Partei im Reichstage und damit die Trägerin des heutigen Systems. Darum hinaus mit den Zentrumsvertretern aus dem Reichstage. Wählt den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei für Düsseldorf,

## **Hermann Grimpe.**

Grimpe steht seit 30 Jahren in der Arbeiterbewegung. Von Beruf Tischler, gehört derselbe dem Holzarbeiterverbande an. Er bietet uns die Garantie, die Interessen des Volkes, die Interessen speziell der Arbeiter energisch zu vertreten. Tue also jeder seine Pflicht.

**Nicht nur daß er selbst  
wählt, sondern auch mit  
in die Agitation eingreift.**

In dieser ersten Zeit richten wir aber auch an die Gewerkschaftsmitglieder die Mahnung, durch Anschluß an die politische Organisation und durch Abonnement des hiesigen Arbeiterorgans, der „Volkzeitung“, für die Verbreitung unserer Ideen und für

## **wirksame Aufklärung auf politischem Gebiete**

Sorge zu tragen. Also auf zum Siege am 25. Januar

## **Der Wahl-Ausschuß.**

## Für die Erweiterung der Volkrechte tätig gewesen.

Daß auch das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, das wissen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nur zu gut. Die Behörden stellen sich stets auf die Seite der Unternehmer. Durch allerlei Polizeiverordnungen sucht man das Streikpostenstehen unmöglich zu machen.

## Unzählige Straf-Verurteilungen la den Weg,

den die deutsche organisierte Arbeiterschaft loyale Äußerungen Streifbrechern gegen drakonische Strafen geahndet, sodas sage Sozialpolittiker Professor Lujo Brentano spruch tat: **Die deutschen Arbeiter das Koalitionsrecht, was aber gebrauchten, werden Kraft.** Alle diese Dinge beweisen, Arbeiter sich politisch betätigen müssen, um an die Sozialdemokratie einen größeren Einfluß zu gewinnen. Wenn es aber weißes nach dieser Richtung hin bedurft hat

## vollstseindliche Steuern und Wirtschaftsp

welche die herrschende Klasse in Deutschland Regierung betreibt. Auch dem Blödesten r aufgehen, wenn er sieht, daß man ungezählte Milliarden ausgibt für Heer Flotte und königliche Linnen genügen, um Millionen zu verpulvern.

In Afrika führen wir Krieg gegen noch abe Hereros, welche sich nicht alles wollten und sich empörten. Wir haben Soldaten dort unten in der Sandwüste, v jährlich ca. 10 000 Mark kostet. Die Milliarde. 500 Millionen kostet uns welches auch die direkte Ursache zur Ausfluges gab. Und alle diese ungeheuren zum größten Teil

## durch indirekte Steuern bracht werden

Unsere Herrapatrioten schwärmen für Weltpolitik, wenn es sich aber darum handelt die Gelder dafür anzuz dann lehnen dieselben Herrschaften dankend es der Massenkonsum tragen.

## Das Volk muß bl

Die Nahrungsmittel sind in Deutschland verteuert worden, wie in keinem Lande der Reichshaushalt 1907 sind 1069 Millionen Zöllen und indirekten Steuern angelegt. reichen aber für unsere gewaltigen Bedürfnisse nicht aus. Neue Steuern werden folgen. Am 1. März 1906 ist der

Zollwuchertarif in Kraft getreten, welcher die Nahrungsmittel gewaltig in die Höhe getrieben hat. Unsere Grenzen sind für fremdes Vieh gesperrt, um den Agariern hohe Viehpreise zu sichern.

## Was nützt uns da unsere gewerkschaftliche Arbeit,

wenn uns die Lohnerhöhungen, welche wir uns erkämpfen, durch Zölle und Steuern wieder abn. Den Junkern fällt man die Taschen, ert man Brot und Fleisch, das ist kurz o unserer heutigen Politik.

## kschaftsmitglieder!

daraus? Wir müssen unseren Einfluß auf te verstärken. Wir müssen vor allen egen,

## Anhänger des jetzigen kein Anhänger der Zoll-erpolitik gewählt wird.

ist aber der bisherige Vertreter Düsseldorf, Herr Kirsch, und mit ihm seine ganze umspartei.

## Zentrumsparlei verdanken wir den Zolltarif

hohen Lebensmittelpreise. Die Zentrums-er die ausschlaggebende Partei im Reichs- die Trägerin des heutigen Systems. Darum Zentrumsvertretern aus dem Reichstage. bidaten der sozialdemokratischen Partei für

## mann Grimpe.

t seit 30 Jahren in der Arbeiterbewegung. r, gehört derselbe dem Holzarbeiterverbande ns die Garantie, die Interessen des Volkes, eziell der Arbeiter energisch zu vertreten. eine Pflicht.

## umr daß er selbst sondern auch mit gitation eingreift.

a Zeit richten wir aber auch an die Ge- der die Mahnung, durch Anschluß an die ation und durch Abonnement des hiesigen der „Volkzeitung“, für die Verbreitung d für

## tsame Aufklärung politischem Gebiete

Also auf zum Siege am 25. Januar

## Der Wahl-Ausschuß.

